

STELLUNGNAHME ZUR MASSENARBEITSLOSIGKEIT VON JANUAR 1995

Zur ökonomisch-sozialen Situation

Bei starker Einkommens- und Vermögensdifferenzierung lebt die Mehrheit der Bürger im Wohlstand. Ein bedeutender Teil hat den Anschluß verloren, fällt immer mehr zurück. Dies ist vor allem eine Folge jahrzehntelanger linearer Tariferhöhungen. Die Einkommensdifferenzierung besteht ökonomisch und sozial. Ökonomisch wird dadurch Wachstum verhindert. Sozial: ein erheblicher Anteil an Beschäftigten, Arbeitslosen und Rentnern kann die Existenz nicht mehr durch Arbeitseinkommen, Arbeitslosenunterstützung oder Renten sichern. Soziale Hilfen werden immer mehr in Anspruch genommen, um die Folgen der starken Einkommensdifferenzierung zu mindern. Die Differenzierung kann dadurch nur teilweise ausgeglichen werden.

Das jahrzehntelange Wachstum hat zu insgesamt hohen Sättigungsgraden bei auch hier starker Differenzierung geführt. Sättigungsgrenzen können offenbar durch Instrumente wie Werbung und Design nicht überwunden werden. Die bekannten Genußsättigungsgesetze (Gossen) sind objektiv gegeben. Es besteht permanent ein Druck zur Rationalisierung und zur Innovation von Verfahren, Produkten und Leistungen.

Die Schwierigkeiten sind also nicht Ausdruck von einem zu niedrigen Volkseinkommen (*zu geringen Mengen an Produkten und Leistungen*), sondern von Fehlsteuerungen und Fehlverhalten. Dies kann nicht dem Ordnungssystem der Sozialen Marktwirtschaft angelastet werden.

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit ist gegeben, wenn auch sektoral und regional unterschiedlich.

Hypothek: Umweltbelastung trotz Fortschritt von Wissenschaft und Technik und deren praktischer Anwendung.

Zur bisherigen Politik:

Das Hauptmittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit war (*und ist*) die Sicherung des Wachstums. Daneben stand (*und steht*) die staatliche Beschäftigungspolitik.

Ergebnis: Trotz Wachstums kam es zur Steigerung der Arbeitslosigkeit im Schnitt der 80er und 90er Jahre. Nur in einzelnen Jahren konnte die Arbeitslosigkeit durch steigendes Arbeitsplatzangebot vermindert

Fazit: Durch Wachstum allein und staatlicher Beschäftigungspolitik ist der Arbeitslosigkeit nicht beizukommen, erst recht nicht der Massenarbeitslosigkeit. Massenarbeitslosigkeit gibt es seit zehn Jahren nicht nur in Deutschland. In vielen anderen Ländern liegt sie vor und wird mit ähnlichen Mitteln ergebnislos bekämpft. Dennoch: die Verantwortlichen setzen unverdrossen weiterhin auf Wachstum als entscheidendes Mittel zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit.

STELLUNGNAHME ZUR MASSENARBEITSLOSIGKEIT VON JANUAR 1995

Die Wachstumspolitik hat sich auf alle Bereiche von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft ausgewirkt und bestimmte sie. Das gilt auch für die Tarifpolitik. Hier steht seit Jahren das Kaufkraftargument im Vordergrund. Zumindest wurden Tarifabschlüsse getätigt, die über der Produktivitätszunahme lagen (*wenige Ausnahmen*). Der Doppelcharakter des Lohnes (*Einkommens*) wurde (*und wird*) ebenso wenig beachtet wie die Wettbewerbslage der Unternehmen (*Finanzlage von Arbeitgebern*).

Durch die Tarifverträge wurde Nachfrage geschaffen, aber ebenso Kosten, die nicht selten zu Lasten der Marktfähigkeit von Produkten/Leistungen gegangen sind (*Arbeitsplatzabbau, Verlagerung, Vergleiche, Konkurse*).

Ein rein ökonomisches Nutzendenken ohne Rücksicht auf ethische Werte ist schon weit verbreitet. Dies steht im Gegensatz zum Wesen der sozialen Marktwirtschaft und der Demokratie.

Viele Jahre wurden alle Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen auch dann positiv bewertet, wenn sie der Wettbewerbslage oder den finanziellen Möglichkeiten widersprachen. Dies führte vor allem im öffentlichen Bereich zur Aufblähung des Apparats. Gleichzeitig wurde die frei disponierbare Finanzmasse immer mehr eingeengt. Erst die veränderte Finanzlage hat diese Praxis gestoppt. Aber: nun wird die Beschäftigung ohne Rücksicht auf die Arbeitslosigkeit abgebaut. Auch die öffentlichen Arbeitgeber kennen nur: beschäftigen oder entlassen. Neue Arbeitszeit- und Verdienstregelungen werden erst gar nicht versucht. Auch im Bereich der Verbände ist es nicht anders. Dies alles geschieht unter dem öffentlichkeitswirksamen Stichwort „Verschlankung der Verwaltung“ (*Lean-Management in der Wirtschaft*).

Durch ein ständig enger werdendes Geflecht von obrigkeitlichen Regeln werden gleichfalls Grundwerte wie Leistungsbereitschaft, Verantwortung, Mut zum Risiko, Solidarität, Flexibilität und Engagement abgebaut. Ebenso aber auch die Verpflichtung gegenüber dem Staat und der Allgemeinheit.

Von der Sozialen Marktwirtschaft ist nur noch ein Kern vorhanden. Das Gebot „Staat so wenig wie möglich“, gilt schon lange nicht mehr. Alle Regeln sollen angeblich den Interessen des Einzelnen dienen, ihn schützen vor allen möglichen Einflüssen.

Der Arbeitgeber (*nicht nur im Bereich der Wirtschaft*) kann auf Veränderungen nicht mehr sach- und zeitgerecht reagieren. Der Verantwortliche kann nicht über die Arbeitszeit seiner Mitarbeiter entscheiden. Entscheiden kann er nur über die gesamte Arbeitszeit seiner Einheit (*über Kosten/Ausgaben*). Die Folge: Kurzarbeit, Entlassung oder Stellenstreichung. Also: die Anpassung der Arbeitszeit (*Kosten/Ausgaben*) an veränderte Verhältnisse (*Nachfrage/Einnahmen*) fand und findet statt. Nur eben global für Millionen durch den Verlust des Arbeitsplatzes und nicht für alle Beschäftigten durch Anpassung von Zeit und Einkommen.

STELLUNGNAHME ZUR MASSEARBEITSLOSIGKEIT VON JANUAR 1995

Das starre Tarif- und Beschäftigungssystem ist die Hauptursache für die Massenarbeitslosigkeit. Auch die hohen Lohnnebenkosten hängen damit zusammen. Vom Einkommen aus unselbständiger Arbeit werden die sozialen Sicherungssysteme weitgehend bestimmt. Maßstab für die Bewährung (*Erfolg*) der Tarifautonomie und der auf ihr beruhenden Tarifpolitik kann letztlich nur der Arbeitsmarkt sein. Die Tarifpolitik ist demnach ihren Aufgaben nicht gerecht geworden.

Das Bildungssystem war und ist den Anforderungen nicht gewachsen. Die Kapazität ist zu gering, das Niveau zu niedrig. Das zu starre System wird auch den regionalen Unterschieden nicht gerecht. Eine Tendenz zur Verflachung von Bildung und Bildungsabschlüssen ist unübersehbar.

Beide Systeme, Tarif- und Beschäftigungspolitik und das Bildungssystem, müssen abgestimmt die Aufgaben erfüllen. Sie müssen maßgeblich mitwirken die Massenarbeitslosigkeit abzubauen und zugleich Reserven (*Angebot und Nachfrage*) zu erschließen.

Erste Ansätze zur flexibleren Gestaltung der Arbeitszeit und der Arbeitseinkommen durch entsprechende Tarifabschlüsse gibt es (*Kinder der Not oder Einsicht*).

Das kartellartige Verhalten der Tarifpartner muß überwunden werden. Auch Flächentarifverträge dürfen nicht Tabu sein. Die Bemessung der Arbeitseinkommen muß auch nach unten offen sein. Maßstab der Abschlüsse muß die Wettbewerbslage (*Finanzlage*) des Unternehmens (*andere Arbeitgeber der anderen Bereiche*) sein. Bei dieser Veränderung sind starke Tarifpartner nötiger denn je. Nur sie können in Eigenverantwortung die neuen Rahmendaten setzen, die sach- und zeitgerechte Entscheidungen vor Ort möglich machen. Nur: keine globalen und linearen Abschlüsse mehr. Die Arbeitgeber müssen mit ihren Betriebsräten (*Personalräten*) weitgehend über Arbeitszeiten und Arbeitseinkommen entscheiden können.

Die Hauptaufgabe dabei ist die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit (*Finanzen*) des Arbeitgebers. In den nächsten Jahren steht die Beseitigung der Schieflage und Verzerrung der Einkommensgruppen im Vordergrund. Die Schere muß geschlossen werden. Dies ist nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Es geht auch um die Erschließung von Wachstumsreserven (*Nachfrage*) und die Entlastung der sozialen Kassen.

Die Überwindung der Einkommensverzerrung ist auch eine wichtige Aufgabe der Steuerpolitik. Dies auch deshalb, weil schnell gehandelt werden muß, aber die Auswirkungen einer geänderten Tarifpolitik erst mittelfristig zu durchgreifenden Verbesserungen in der Einkommensstruktur führen können.

Ohne Verringerung der Arbeitszeit pro Beschäftigten in Übereinstimmung mit der Wettbewerbsfähigkeit (*schließt Einkommensreduzierung ein*) kann die Massenarbeitslosigkeit nicht überwunden werden.

STELLUNGNAHME ZUR MASSENARBEITSLOSIGKEIT VON JANUAR 1995

Die Arbeitszeitreduzierung ist ökonomisch nötig und möglich und sozial ein Fortschritt. Sie ist kein Kind der Not, sondern entspricht den Bedingungen des Überflusses (*globale Sicht*).

Seit Gründung der Bundesrepublik wurde die persönliche Arbeitszeit um etwa ein Viertel verringert. Die Folgen einer 48-Stunden-Woche und der halben Urlaubszeit auf Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung und soziale Systeme wären nicht auszu-denken. Eine Verlängerung der Arbeitszeit pro Beschäftigten als Mittel zur Überwindung der Arbeitslosigkeit ist ökonomisch und sozial falsch. Dennoch gibt es solche Vorstellungen und Forderungen, vor allem im öffentlichen Dienst (*Verlängerung der Lebensarbeitszeit*). Die Antwort auf die Massenarbeitslosigkeit, „es gibt genug Arbeit, sie ist nur zu teuer“, übersieht sowohl Sättigungsgrenzen als auch die Funktion des Arbeitseinkommens für das Wohlstandsniveau insgesamt.

Mit den Instrumenten „Entsorgung“ und „Kreislaufwirtschaft“ kann nur ein begrenzter Erfolg zur Entlastung der Umwelt geleistet werden. Sättigungsgrenzen sind damit nicht zu überwinden. Die Entlastung des Arbeitsmarktes ist gleichfalls begrenzt. Schon jetzt ist der Anteil von „Entsorgung“ und „Kreislaufwirtschaft“ hoch.

Die Prüfung aller obrigkeitlichen Regeln, vor allem die des Beschäftigungs-, Sozial- und Steuersystems ist überfällig. Nur so kann auch die Soziale Marktwirtschaft wieder Ordnungsrahmen werden. Mit der permanenten Veränderung von Regeln muß ein Ende gemacht werden. Wenige Regeln, die verständlich und von Dauer sind, kann nur das Ziel aller Verantwortlichen sein. Von der „Obrigkeit“ aller Ebenen muß wieder Vertrauen, Zuverlässigkeit und Stabilität ausgehen.

Nur auf diesem Wege ist es möglich, die Abhängigkeit von Millionen von Unterstützungskassen zu überwinden. Dabei geht es nicht zuletzt um die Menschenwürde. Nur so kann der Staat seinen nötigen Entscheidungsspielraum zurückgewinnen. (*nicht nur finanziell*).

Was wir brauchen und anstreben müssen: wenige Arten des privaten Einkommens: Einkommen aus unselbständiger Arbeit, Einkommen aus selbständiger Tätigkeit, Einkommen aus Vermögen, Einkommen aus Renten und Pensionen. Einkommen aus sozialen Unterstützungskassen nur für eine Minderheit, die sich nicht selbst helfen kann.

Dr. Harti Schwarz, *Geschäftsführender Vorsitzender*

Wirtschaftspolitische Gesellschaft von 1947 e.V.

Frankfurt am Main, 23. Januar 1995